

„Bei uns ist die Schmerzschwelle erreicht“

Der Streit ums Rauchen verschärft sich, Politiker und Zigaretten-Industrie gehen auf Konfrontationskurs

Rauchen, eine lange Zeit tolerierte Sucht, wird zunehmend geächtet. Nichtraucher wehren sich gegen den gesundheitsschädlichen Qualm, Politiker kämpfen

gegen die weitverbreitete Droge Nikotin. Die Zigaretten-Industrie, die bislang die verdeckte Abwehr bevorzugte, tritt mit einer offenen Gegen-Kampagne an.

Die schicke Villa in Bonns Friedrich-Wilhelm-Straße, unweit des alten Bundestags und direkt neben der Residenz des Wiener Botschafters, gehört zu den besseren Adressen der Hauptstadt. Ein kleines Messingschild an der Haustür weist gekürzt auf die Bewohner hin: „VdC – Bonner Büro“.

Die drei Buchstaben stehen für den in Hamburg ansässigen Verband der Zigarettenindustrie. Seit Mitte der sechziger Jahre dient das Haus den Vertretern der Tabakbranche als Zweigstelle.

Viel war dort nie los. Nur selten, etwa wenn wieder einmal die Zigarettensteuer erhöht werden sollte, trafen sich die Manager der Tabakkonzerne in ihrem Bonner Ableger zur Lagebesprechung. Meist hielt in den Büros nur eine Sekretärin die Wacht.

Doch seit ein paar Wochen ist Leben in das Lobby-Büro gekommen. Von hier aus, am Rande des Regierungsviertels, wirkt jetzt der Anwalt Axel Heim, 44,



Raucher vor Tabakladen: Mit Projekt Harmony für mehr Toleranz

hauptberuflich als Anwalt in Sachen Zigaretten. Im Zentrum der politischen Macht soll der Zigarettenagent die Gegen des blauen Dunstes ausspähen.

Es gibt viel zu tun, die Lage ist ernst geworden für die Zunft der Zigarettentreuer. Politiker aller Parteien rüsten zum Kampf gegen die Raucher und ihre Lieferanten aus der Tabakindustrie.

Erdrückend sind inzwischen die medizinischen Beweise für die Gesundheitsschädigung, die sich der Raucher zufügt. Die Zigarette steht zweifelsfrei fest als Ursache vieler Gesundheitsbeschädigungen, vom quälenden Raucherhusten bis hin zu Raucherbein und Lungenkrebs.

Kein anderer Wirtschaftszweig steht derzeit politisch so unter Druck wie die Zunft der Zigarettenproduzenten. Kaum ein Tag vergeht, an dem nicht irgendein Parlamentarier aus den Reihen der Roten oder der Schwarzen, der Grünen oder Gelben Zwangsmaßnahmen gegen das Tabakgewerbe und seine Kundschaft fordert.

Der Ahlener SPD-Mann Horst Jau-nich, selbst starker Raucher, schlägt die schnelle Abschaffung der Zigaretten-Außenautomaten vor. „Unsere Jugend“, begründet der Sozialdemokrat sein Ansinnen, „muß vor sich selbst geschützt werden.“

Ein paar Grüne wollen am liebsten die ohnehin eingeschränkte Tabakwerbung ganz verbieten lassen. Eine Sonderabgabe für Raucher und ein Verbot der Qualmerei am Arbeitsplatz stehen auf der Wunschliste von Bundespolitikern.

Im Gesundheitsressort der CDU-Ministerin Rita Süßmuth liegt seit März ein Referentenentwurf, der die Tabakindustrie zutiefst beunruhigt. In dem vertraulichen Papier ist so ziemlich alles gebündelt, was in den vergangenen Monaten zum Thema Rauchen oder Nichtrauchen gehandelt wurde. Mit einer weiteren Einschränkung der Zigarettenwerbung wird dort ebenso gedroht wie mit einer Sonderabgabe der Raucher an die Krankenkassen.

An den Ladenkassen der Supermärkte, heißt es etwa in dem 29 Seiten langen Katalog, sollten keine Zigaretten mehr feilgeboten werden und die Kundschaft zum schnellen Zugriff locken.

Würde das Süßmuth-Papier Wirklichkeit, müßten wohl auch die rund 500 000 Außenautomaten Stück für Stück von den Wänden geschraubt werden. Diese Geräte sind einer der wichtigsten Verkaufswege der Zigarettenbranche. Fast die Hälfte aller Schachteln wird aus Automaten-schächten gezogen.

In den Vorstandsbüros der Zigarettenkonzerne herrscht Krisenstimmung. Günter Wille, Deutschland-Statthalter



Nichtraucher im Restaurant
Das Terrain der Tabakfeinde wächst

Das Leben beginnt mit Sechzig oder: Sichern Sie Ihren Lebensstandard von heute auch für morgen

Nach der Pensionierung hat man endlich Muße, seine Hobbys zu pflegen; die nichtgelesenen Bücher zu lesen; die nichtgehörten Schallplatten zu hören. Hat man endlich Zeit, Reisen zu machen; Ausstellungen zu besuchen; Festwochen zu erleben. Hat man endlich Gelegenheit, gesellschaftliche Kontakte zu intensivieren; sich mit Kindern und Enkelkindern ausgiebiger zu beschäftigen; Freunde häufiger zu sehen.

Was man nach der Pensionierung oft nicht hat, ist: das nötige Geld, um alle Pläne, Wünsche, Träume zu verwirklichen.

Denn es ist eine Tatsache, an der man nicht vorbeikommt: Die gesetzliche Rente und Ansprüche aus der betrieblichen Vorsorge reichen in den seltensten Fällen aus, den gewohnten Lebensstandard nach der Pensionierung aufrechtzuerhalten.

Was tun ...?

Es gibt zwei Antworten:

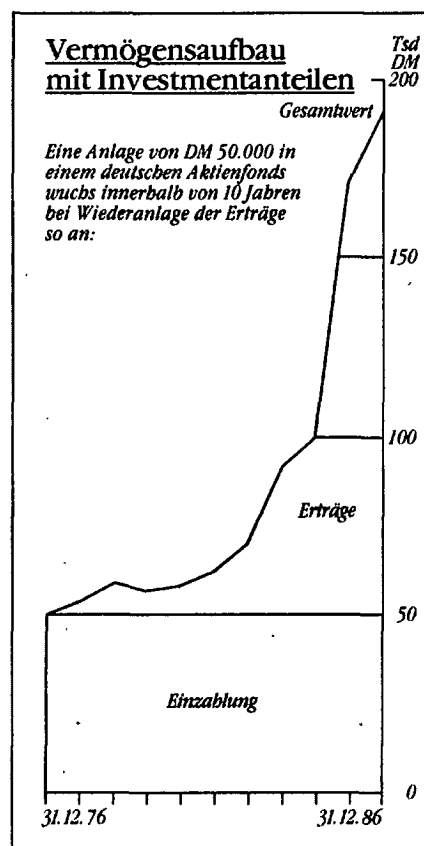
1. Zurückstecken, sich manches versagen.
 2. Rechtzeitig private Vorsorge treffen und sich so ein zusätzliches Einkommen für später schaffen.
- Fragt sich nur: Wie ...?

Angenommen, Sie beginnen mit Vierzig, nach Abschluß Ihrer beruflichen und familiären Aufbauperiode, mit der privaten Vermögensbildung: Sie legen 20 Jahre lang in jedem Monat 300 Mark in einem Investment-Sparplan mit einem jährlichen Durchschnittsertrag von 6 % an. Dann haben Sie mit Sechzig ein Kapital von knapp 140.000 Mark.

Erneut angenommen, dieses Geld bringt weiterhin 6 % Ertrag, garantieren Ihnen 140.000 Mark (bei allmählichem Verzehr des Kapitals und der laufenden Erträge) ein regelmäßiges monatliches Einkommen

von DM 1.500 _____ für 10 Jahre
von DM 1.170 _____ für 15 Jahre
von DM 990 _____ für 20 Jahre

So schaffen Sie sich also eine willkommene „zweite Rente“.



Das perfekte Mittel zu diesem Zweck sind Investment-Entnahme- bzw. Auszahlpläne. Denn sie sichern Ihnen ein zusätzliches Einkommen ganz nach Ihren individuellen Vorstellungen:

☐ Sie bestimmen, ab wann Sie das Zusatz-Einkommen beziehen möchten.

☐ Sie legen Höhe und Dauer fest.

Die Einrichtung eines solchen Entnahmeplans ist einfach:

☐ Sie wandeln einen eingezahlten Investment-Sparplan in einen Entnahmeplan um.

☐ Oder Sie bringen einen größeren Betrag (zum Beispiel aus einer fälligen Lebensversicherung, einer Erbschaft, dem Verkauf eines Hauses usw.) in einen Entnahmeplan ein.

Die Investmentgesellschaft legt Ihr Kapital in Investmentanteilen an – mit sämtlichen Vorteilen dieser Vermögensanlage. Sie erledigt für Sie das Management: Kauf und Verkauf, Verwaltung und Verwahrung der Papiere. Sie überweist Ihnen aus Ihrem Investment-Vermögen regelmäßig die erwünschte Summe. Und sie informiert Sie regelmäßig über den aktuellen Stand Ihres Entnahmeplans.

Es besteht kein Zweifel, daß in Zukunft die freiwillige private Vorsorge einen erheblich breiteren Raum in der finanziellen Alterssicherung einnehmen wird: Kaum eine Sparform ist dafür so geeignet wie die Investmentanlage!

Je eher Sie diese Aufgabe anpacken, desto besser bekommen Sie sie in den Griff. Ergänzendes Informationsmaterial schicken wir Ihnen gern kostenlos zu.

der US-Firma Philip Morris (Marlboro) und seit vergangener Woche Vorsitzender des VdC: „Bei uns ist die Schmerzschwelle erreicht.“ Die Branche werde die „zunehmende Diskriminierung“ nicht länger hinnehmen.

Solche Töne sind neu. Bislang pflegten die Manager der fünf in Deutschland marktbeherrschenden Unternehmen (siehe Graphik Seite 77) in der Bundeshauptstadt eine andere Sprache. Der Gesetzgeber sollte auf keinen Fall durch öffentliche Widerworte provoziert werden.

Doch nun sammeln sich die Nikotin-Gegner allerorten. Vor den Gefahren des sogenannten Passivrauchens warnte Ende Mai erstmals das Bundesgesundheitsamt. Dringend empfahl die Behörde Politikern, Arbeitgebern und Eltern, „Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz, in öffentlichen Einrichtungen und in der Wohnung“ zu treffen.

Nach vorliegenden Studien, so die Mediziner der Berliner Behörde, müsse es „als sehr wahrscheinlich angesehen werden“, daß Passivrauchen Lungenkrebs mit hervorrufen könne. Auch Kopfschmerzen, Atembeschwerden, Husten und Schwindelanfälle zählten zu den Gesundheitsschäden, die vom Tabakqualm ausgingen.

Um dem fast allgegenwärtigen Zigarettendunst zu entgehen, erstreiten sich Nichtraucher zunehmend rauchfreie Zonen. In Bahnen und Flugzeugen, in Büros und Restaurants wächst das Terrain der Tabakfeinde. Rauchen? Nein danke!

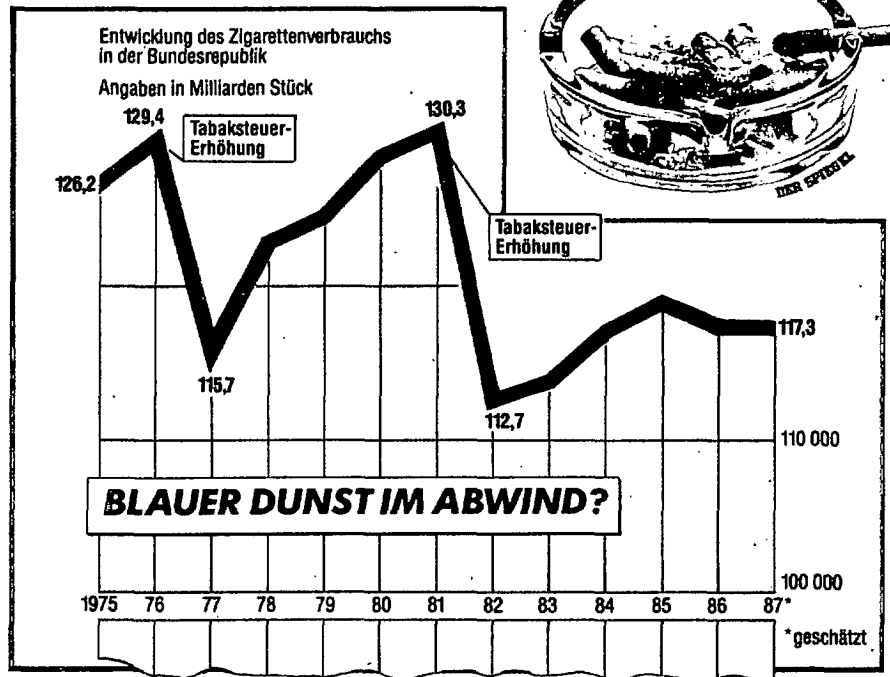
Für „einseitig und übertrieben“ hält der Verband der Zigarettenindustrie die Schreckensmeldungen über die Folgen des Tabakqualms. Manches werde, meint Verbandsgeschäftsführer Harald König, „schlicht falsch“ dargestellt.

In einem internen Positionspapier des Verbandes schreibt König: „Dies könnte uns unberührt lassen, wenn dadurch nicht die Verunsicherung des Rauchers vergrößert und bei Politikern gesetzgeberischer Handlungsbedarf erzeugt würde.“

Der politische wie gesellschaftliche Widerstand gegen das über Jahrzehnte tolerierte Rauchen trifft die Branche zu einem denkbar ungünstigen Zeitpunkt. Der Zigarettenabsatz geht spürbar zurück und wird, soviel ist sicher, auch künftig sinken.

Bis Anfang der Achtziger hatte die Zahl der Raucher kräftig zugenommen. Im Spitzenjahr 1981 griffen 18 Millionen Bundesbürger regelmäßig zur Zigarette. 130 Milliarden Glimmstengel wurden damals verkauft, soviel wie nie zuvor und nie mehr danach. Inzwischen ist der Absatz um jährlich rund 13 Milliarden Zigaretten geschrumpft (siehe Graphik), Tendenz weiter fallend.

Trotz erbitterter Konkurrenz um die schwindende Schar der Raucher sind die Großen der Branche jetzt zu gemeinsa-



mem Handeln entschlossen. Zu schmerzhaft sind die Prügel, die das Gewerbe von allen Seiten bezieht.

Zwar rät der ehemalige Vorsitzende des Zigarettenverbands, Dieter von Specht, 62, seinen jüngeren Kollegen eindringlich, den „Konsens mit den politischen Kräften“ nicht zu gefährden. Doch das wird nichts mehr nützen.

Spechts Nachfolger an der Verbandsspitze, Günter Wille, 43, hält die weiche Linie der Zigarettenindustrie gegen die Anti-Raucher-Front für gescheitert. Im VdC-Vorstand plädiert der raufstige Chef der Marlboro-Firma Philip Morris

seit einiger Zeit für eine härtere Gangart.

„Die Zeiten haben sich geändert“, assistiert Peter Fischer, 41, Geschäftsführer der deutschen Reynolds-Filiale (Camel), „wir müssen zu einer deutlicheren Sprache finden.“

Der Einsatz eines Lobbyisten in Bonn war der Anfang. In diesem Monat folgt eine aufwendige Pro-Raucher-Kampagne des Zigarettenverbands.

Unter dem Namen „Projekt Harmony“ und ohne die Konkurrenz zu unterrichten, hat Wille die Kampagne in eigenen Haus vorbereiten lassen. Im



Tabakwerber Breidbach, Wille: „Wir dürfen die Raucher nicht allein lassen“

April, während einer VdC-Vorstandssitzung in Hamburg, präsentierte der Marlboro-Mann den Kollegen sein Konzept.

Falls das Projekt Harmony abgelehnt würde, erklärte Wille der Runde, würde Philip Morris die Kampagne eben allein finanzieren. „So oder so“, gab er zu verstehen, „das Ding wird durchgezogen.“

Die Schärfe war gar nicht nötig, es gab kaum Opposition. 20 Millionen Mark wollen die fünf Zigarettenfirmen, vom Marktführer Philip Morris in München bis zum Branchenfünften Reynolds in Köln, für die Wille-Idee aufbringen.

In drei Etappen soll um Verständnis für die geplagten Raucher geworben werden. Die Sorgen, die der blaue Qualm den Medizinern und Gesundheitspolitikern macht, wird in den Anzeigerien gar nicht erst angesprochen.

Freier Rauch für freie Bürger: Diese Botschaft, dazu ist die Branche fest entschlossen, wird jetzt mit großem Aufwand verkündet.

Es gilt, so heißt es in dem Positionspapier der Industrie, die „Front der potentiellen Raucher-Gegner zu spalten“. In den Parteiblättern und in der Fachpresse sollen „Politiker, Lehrer, Beamte ... mit relativ hohem Bildungsniveau“ zu Themen wie „individuelle Freiheit, staatliche Verantwortung“ aufgeklärt werden – unter besonderer Berücksichtigung der Raucherinteressen, versteht sich.

Im SPD-Organ „Vorwärts“ werben die Zigarettenfirmen mit dem Bild des langjährigen SPD-Vorsitzenden Erich Ollenhauer, in CDU-Blättern mit Ludwig Erhard, in FDP-Zeitungen mit Theodor Heuss. „Die Freiheit“, wird der ehemalige CDU-Bundeskanzler und Zigarrenraucher Ludwig Erhard in einer Annonce zitiert, „ist ein so hoher und absoluter Wert, daß sich ein Volk selbst preisgibt, wenn es auf sie verzichtet.“

Auch der erste bundesdeutsche Präsident muß als Kronzeuge in Sachen Freiheit herhalten. „Die äußere Freiheit der vielen“, steht schlagzeilig als Ausspruch des 1963 verstorbenen Theodor Heuss zu lesen, „lebt aus der inneren Freiheit der einzelnen.“

Worum es in den rund zehn verschiedenen Annoncen wirklich geht, steht im kleingedruckten Text.

Die deutsche Tabakwirtschaft, heißt es da an die Adresse der Klugen im Land, interessiere sich „für Ihre persönliche Meinung zu der Frage, ob weitere Eingriffe des Staates in die private und wirtschaftliche Freiheit sinnvoll und notwendig“ seien. Oder ob nicht vielmehr, geht es suggestiv weiter im Text, der mündige Bürger über den „vernünftigen und eigenverantwortlichen Umgang mit Genußmitteln“ selbst entscheiden könne.

Auf den Arm genommen werden sollen alle Tabakfeinde dieser Welt mit einer Annoncenfolge, die vom VdC-



Jugendliche beim Zigarettenziehen: Werden die Automaten abgeschraubt?

Vorstand noch gebilligt werden muß. Satirisch geht es darin um einen fiktiven „1. Raucher-Weltkongress“.

Die groteske Fortsetzungsgeschichte: Funktionäre der Raucher und Nichtraucher streiten sich auf hoher See an Bord eines Passagierschiffes mit dem sinnigen Namen „Titanic II“ um Verbote von Genußmitteln aller Art.

Textauszug: „Es begann harmlos und endete mit einem Skandal: Der Auftritt der militanten Gruppe ‚Raucher-Revanche‘ auf der gestrigen Tagung des Welt-

raucherverbandes. Nach dem provokanten Vorschlag, den Verkauf und öffentlichen Verzehr von Gummibärchen (Begründung: „Das heimliche Laster von Millionen“) zu unterbinden, stellten die ‚Dunkelmänner von der Raucher-Revanche‘ (ein Zwischenruf) den Antrag: ‚Nichtrauchern alles verbieten, was Spaß macht‘.“

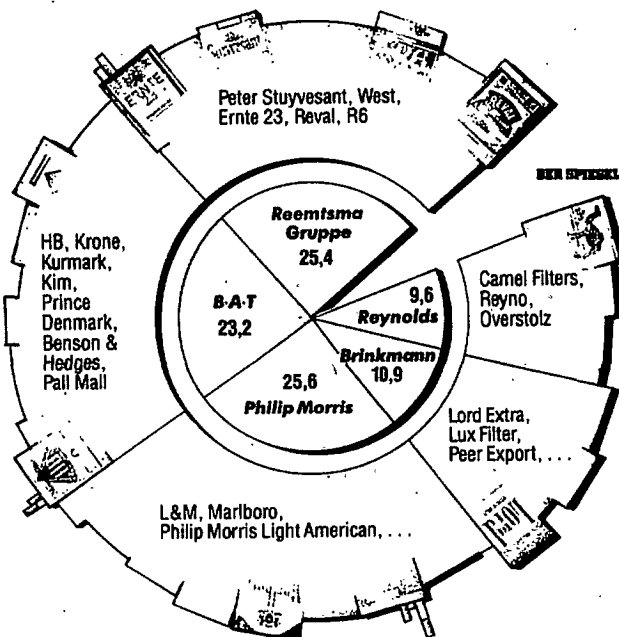
Eher fürs gemeine Volk bestimmt ist eine andere Annoncenserie, die im September in Massenblättern und Illustrierten gestartet wird. Mit großen Photos und knappem Text soll da um Toleranz für Raucher geworben werden.

Ein unduldsamer Tabakfeind fragt da beispielsweise seinen Nachbarn: „Stimmt es etwa, daß unser Flugkapitän Raucher ist?“ Beruhigende Antwort: „Stimmt! Und der erfahrene zwischen Frankfurt und Rio.“ Darunter steht gedruckt, worum es geht: „Harmonie zwischen Rauchern und Nichtrauchern“.

Doch das Harmoniebedürfnis hat auf seiten der Zigarettenhersteller offenbar Grenzen. Vergeblich

DIE HERRSCHER AM TABAKMARKT

Marktanteile der großen Anbieter und deren bekannteste Marken im ersten Quartal 1987



forderten Beamte des Gesundheitsministeriums. Mitte Mai beim Hamburger Cigarettenverband Einsicht in das Werbekonzept. Die Bonner wurden abgewiesen.

Die amtliche Neugierde ist verständlich. Ressortchefin Rita Süßmuth hat selbst eine Werbekampagne in Auftrag gegeben. Darin soll eindringlich auf die Gefahren des Passivrauchens hingewiesen werden.

Aus den beiden Vorhaben könnte sich ein munterer Anzeigenkrieg entwickeln. „Jeder Mark, die von der Regierung für eine Antiraucher-Kampagne ausgegeben wird“, warnt Philip-Morris-Sprecher Ferdi Breidbach, „halten wir die gleiche Summe für unsere Gemeinschaftswerbung gegen – und wenn das noch so teuer wird.“ Geld hat man schließlich genug.

Breidbach gehört zu den Scharfmachern der Branche. Philip Morris hat den ehemaligen CDU-Bundestagsabgeordneten 1984 für die Öffentlichkeitsarbeit angeheuert, nicht zuletzt wegen seiner guten Bonner Verbindungen.

Die schärfere Gangart bekam Gesundheitsministerin Süßmuth auch bei einem Gespräch mit Reemtsma-Chef Jürgen Peddinghaus zu spüren. Mitte Mai hatte die Christdemokratin den Zigarettenmanager zu einem Gespräch über eine umstrittene Werbekampagne nach Bonn eingeladen.

Bei dem Treffen forderte die Ministerin energisch, Reemtsma solle den Slogan „Ich rauche gern“ absetzen. Mit diesem Spruch macht die Firma seit fast zwei Jahren für ihre Leichtmarken R 6 und R 1 Reklame.

Peddinghaus, im Ton verbindlich, lehnte ab. Rita Süßmuths Kompromißvorschlag, statt des für sie provokanten „Ich rauche gern“ doch wenigstens harmloser „Ich rauche leicht“ auf Plakate und Anzeigen drucken zu lassen, fand bei dem Reemtsma-Manager keine Gegenliebe.

Künftig soll der Umgang mit den Zigarettenherstellern noch schwieriger werden. Beim VdC in Hamburg schreibt die Abteilung Öffentlichkeitsarbeit an einem „Handbuch für Führungskräfte in der Zigarettenindustrie“.

In einem simplen Frage- und Antwortspiel werden dort Argumente fürs Rauchen präsentiert. Auf diese Weise sollen sich die Zigarettenmanager besser für unangenehme Gespräche mit Po-



Reemtsma-Manager Peddinghaus
Die Gangart wurde schärfer

litikern und Journalisten, mit Verwandten und Bekannten rüsten können.

Ein ähnliches Heftchen ist auch für die Partner im Verkauf geplant. Vom Großhändler bis hin zu den Angestellten in Tabakläden und Supermärkten soll jedermann, der vom Tabak profitiert, die passenden Antworten auf unangenehme Fragen serviert bekommen.

Rauchen schadet der Gesundheit? Das müsse erst mal bewiesen werden, steht in den Diskussionshilfen zu lesen. Bei Rau-



Reemtsma-Werbung
Die Bonner scheiterten

cherbein und Lungenkrebs, sagen die Zigarettenleute, sei nie die Zigarette das einzige Übel. Stets treffe eine „Vielzahl von Risikofaktoren“ zusammen – Konstitution und Erbanlage, Umwelt und Ernährung. Na ja, möglicherweise auch das Rauchen.

Nichtraucher werden durch den Zigarettenqualm anderer ernsthaft bedroht? Das ist gar nicht so sicher. Beobachtungen an Nichtrauchern, so beruft sich die Tabakwirtschaft auf ein Papier der Weltgesundheitsorganisation WHO, seien sowohl „vereinbar mit der Annahme eines erhöhten Risikos durch Passivrauchen als auch mit dem Fehlen eines solchen Risikos“. Alles klar?

Tatsächlich fehlt der letzte Beweis, daß Tabakqualm auch Nichtraucher gesundheitlich schädigt. Die Industrie hofft, daß er nie geführt werden kann. „Sonst“, sagt der scheidende Tabakpräsident von Specht, „müßten wir unsere Bücher wohl zuklappen.“

Nach Kräften versuchen die Zigarettenkonzerne auf die wissenschaftliche Diskussion Einfluß zu nehmen. Mit viel Geld unterstützen die Firmen beispielsweise einen 1975 von der Industrie gegründeten „Forschungsrat Rauchen und Gesundheit“.

Die Forschungsarbeit bringt sonderbare Ergebnisse hervor. So kann der inhalierte Tabakqualm, das wird von der Tabaklobby nicht nur in Deutschland allen Ernstes verbreitet, eine Vielzahl von Plagen lindern. Gedächtnisschwund gehört angeblich ebenso dazu wie Schüttellähmung oder Ohrensausen:

„POLITIK UND DEMOKRATIE – BEIDES SETZT FREIE MENSCHEN UND FREIE MEINUNG VORAUS.“

Aus diesem Text spricht die Erkenntnis, daß fortschrittliches Denken und Handeln wesentlich geprägt sind vom Begriff der individuellen Freiheit des einzelnen. Und aus ihrer politischen Erfahrung wissen Sie, daß man sich das Recht auf die Ideen und großen Freiheiten immer wieder erkämpfen muß. Erreicht wurde bisher ein Kompromiß, der die unterschiedlichen Einzelinteressen einer Gesellschaft ausgleicht. Er heißt Liberalismus und hat die rechtsphilosophische Basis aller modernen freiheitlichen Verfassungen entscheidend geprägt.

Wir, die deutsche Tabakwirtschaft, deren Produkte kontrovers diskutiert wurden, interessieren uns für Ihre persönliche Meinung zu der Frage, ob weitere Eingriffe des Staates in die private und wirtschaftliche Freiheit sinnvoll und notwendig sind. Oder ob nicht vielmehr der mündige Bürger selbst Entscheidungen treffen kann über den vernünftigen und eigenverantwortlichen Umgang mit Genußmitteln.

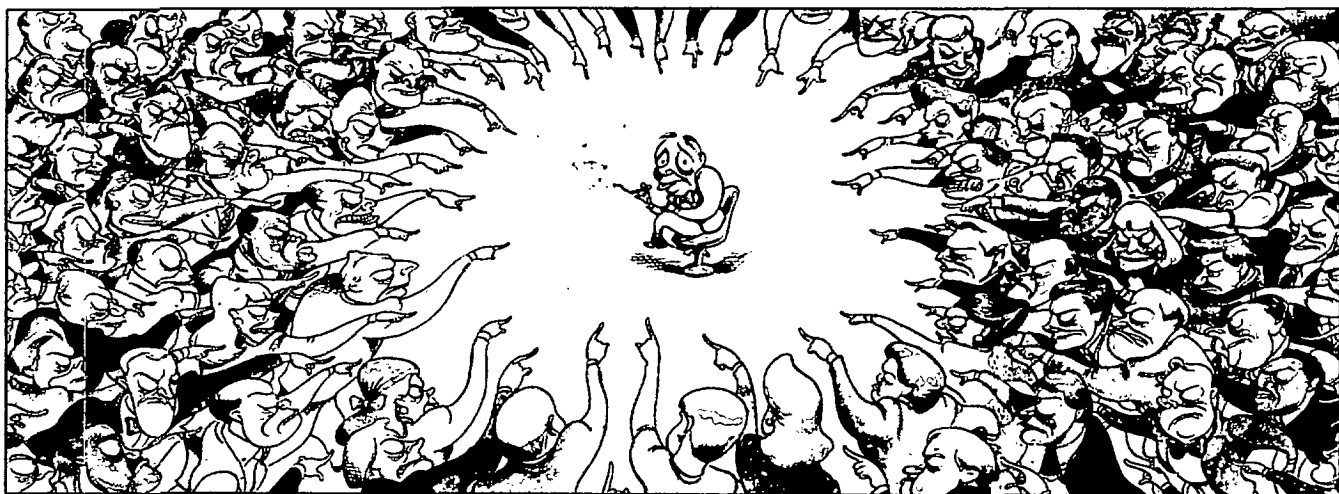
Wenn diese Anzeige Sie zum Nachdenken angeregt hat, wenn Sie Fragen an uns haben oder Ihre Ansichten mitteilen möchten: Schreiben Sie uns. Wir würden gern mit Ihnen ins Gespräch kommen.



Erwin Overmann

Die deutsche Tabakwirtschaft, Bonn, Postfach 180 101.

Tabakkampagne: „Das Ding wird durchgezogen“



Time

Ob solche Erkenntnisse im Kampf um die verunsicherten Raucher weiterhelfen, scheint selbst in der Industrie umstritten. Manager wie Werner Klatten, Chef der zum britischen Rothmans-Konzern gehörenden Bremer Firma Brinkmann, halten es für ratsamer, auf die traditionellen Argumente zurückzugreifen.

„Wir müssen“, sagt Klatten, „den Genuß der Zigarette stärker herausstellen.“ Dem Raucher solle deutlich gemacht werden, daß es nicht darum gehe, vier Schachteln am Tag zu verpaffen. Die Kundschaft müsse das Rauchen als ein Stück Lebensqualität begreifen.

Daß Rauchen dem Leben einen höheren Sinn verleiht, ist allerdings seit langem der Inhalt vieler Werbestrategien. Ein leichtes, lockeres, von Konflikten freies Dasein wird da in allen Variationen verheißen, sofern man zur richtigen Zigarette greift.

Der bitterernste Konkurrenzkampf der Branche spielt sich primär über die Werbung ab. Kaum ein anderer Wirtschaftszweig wirft soviel Geld für die Reklame aus wie die Zigarettenindustrie – auch wenn der Wettbewerb um die Raucher in den vergangenen Monaten etwas verhaltener ausgetragen wurde.

Für bunte Werbung von Freiheit und Abenteuer oder vom Duft der großen weiten Welt gaben die Unternehmen 1986 rund 300 Millionen Mark aus.

Den größten Teil ihrer Einnahmen, und darauf verweisen die Zigarettenmanager nur zu gern, reicht die Branche allerdings gleich an den Staat weiter. Bis zu 15 Milliarden Mark führen die Firmen Jahr für Jahr via Tabaksteuern an das Bonner Finanzministerium ab.

„Der Staat ist bei uns Mehrheitsgesellschafter“, sagt Philip-Morris-Chef Wille. Und, griffig aufbereitet: „Von Januar bis September arbeiten wir allein für Bonns Kassen.“ Nur in den verbleibenden drei Monaten eines Jahres gehen die Einnahmen aufs Firmen-Konto.

Wohl auch deshalb scheint die Aufgabe, in Bonn drastische Gesetze gegen die Raucher abzublocken, nicht unlösbar.

Die Raucherlobby hat unter den Bonner Politikern durchaus Ansprechpartner.

Finanzminister Gerhard Stoltenberg und Arbeitsminister Norbert Blüm halten nicht viel von den Plänen ihrer Kollegin Süßmuth. Norbert Blüm, dem Philip-Morris-Mann Breidbach aus gemeinsamen Jahren in den CDU-Sozialausschüssen freundschaftlich verbunden, wurde 1984 gar zum „Pfeifenraucher des Jahres“ gewählt.

In Blüms Ressort würden die vom Gesundheitsministerium erwogenen Verordnungen zum Nichtrauchererschutz am Arbeitsplatz fallen. Sie wären da, aus der Perspektive der Industrie, gut aufgehoben. „Das sollte Sache der Betriebe sein“, sagt Blüm, „soviel Freiheit muß bleiben.“

Ganz abwegig ist das nicht, wie die Praxis in den Firmen lehrt. Ohne jeden gesetzlichen Zwang wird in vielen Unternehmen versucht, zu erträglichen Umgangsformen zwischen Rauchern und Rauchverächtern zu finden.

Zwischen Flensburg und Passau finden in Ämtern und Büros zunehmend interne Abstimmungen statt, ob in Gegenwart nichtrauchender Kollegen geraucht werden darf. Meist unterliegen die Raucher.

In einem kleinen niedersächsischen Betrieb zerdepperten die Kollegen gemeinsam alle Aschenbecher. Nie wieder, so ihr Schwur, wollen sie am Arbeitsplatz zur Zigarette greifen.

Beim Siemens-Konzern in München sitzen gar erstmals Nichtraucher-Vertreter im Betriebsrat. Bei den Betriebsratswahlen im März hatten sich die beiden Tabakfeinde Wolfgang Niemann und Edmund Gensthaler gegen die Gewerkschaftslisten durchsetzen können.

Einziges Ziel der Nichtraucher-Räte: Rauchverbote am Arbeitsplatz. Die beiden bekamen derart viele Stimmen, daß noch zwei weitere Gesinnungsgenossen in den Betriebsrat hätten einziehen können.

Bei der Münchner Marlboro-Firma Philip Morris werden solche innerbetrieblichen Aktionen mit Argwohn beob-

achtet. Als in der Siemens-Hauszeitschrift gegen das Rauchen gewettert und jetzt auch noch eine Broschüre über die Nikotin-Gefahren („Ohne Rauch geht's auch“) herausgebracht wurde, reagierte Philip Morris ungehalten.

Die Anti-Raucher-Broschüre, beschwerte sich Unternehmenssprecher Breidbach, strotze vor unhaltbaren Behauptungen. Breidbach in einem Brief an den Atomkraftwerk-Hersteller: „Wir setzen uns mit unserem Produktproblem schon länger auseinander, als das die Kraftwerkindustrie mit ihrem Produkt tut.“

Der Betriebsrat der Zigarettenfirma forderte wegen der Siemens-Attacken weitergehende Konsequenzen. Die Geschäftsleitung möge dafür sorgen, forderten die Betriebsräte, daß in den Gremien der Philip Morris GmbH in München keine „militanten Vertreter der Nichtraucher-Front“ ihren Einfluß geltend machen können.

Die Drohung gilt offenbar Philip-Morris-Aufsichtsrat Helmut Plettner, der hauptberuflich Chef der Siemens-Tochter Osram ist. Plettner soll für das büßen, was die Tabakfeinde bei Siemens Despektierliches über die Zigarette verbreitet haben.

„Das zeigt“, kommentiert ein Marlboro-Mann, „wie hoch bei uns die Kampfbereitschaft ist.“

Die Freiheitsparolen der Zigarettenindustrie werden wohl kaum bei jenen Bürgern zünden, die sich vom Qualm anderer in ihrer Gesundheit, dem stets am höchsten eingeschätzten Gut, bedroht fühlen. Verständnis hingegen dürften Politiker-Vorschläge finden, die Raucher über eine Extra-Abgabe für die durchs Rauchen ausgelösten Krankheiten zahlen zu lassen oder die Tabaksteuer weiter zu erhöhen.

Es wird schwerer, für die Raucher und für ihre Produzenten. Da scheint es angebracht, nah zusammenzurücken. „In dieser Situation“, sagt der VdC-Vorsitzende Wille ganz ernst, „dürfen wir die Millionen Raucher nicht allein lassen.“